

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

BÜRGERSCHAFTSKANZLEI

GREMIENBETREUUNG

Martina Haßler

Tel.: 040 4 28 31 - 1994

Fax.: 040 427-3 - 12271

E-Fax: 040 4 279 11 - 039

E-Mail: Martina.Hassler@bk.hamburg.de

ANSCHRIFT

Postfach 100902

20006 Hamburg

SITZ

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

BÜRGERSCHAFT ONLINE

www.hamburgische-buergerschaft.de

Neufassung wegen Aktualisierung TOP 1

Die nächste Sitzung des

Ausschusses für Justiz und Datenschutz

findet statt am

Donnerstag, dem 4. April 2019, um 17:00 Uhr

Rathaus, Raum 151.

HAMBURG, 29.03.2019

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Milan Pein (SPD), bittet die Mitglieder sowie ständigen Vertreterinnen und Vertreter, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. „Motassadeq: Auszahlung Gelder“

(Selbstbefassungsangelegenheit vorbehaltlich eines Beschlusses gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

Die inhaltliche Beratung findet in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Justiz und Datenschutz statt. Die Mitglieder des Innenausschusses werden eingeladen.
2. Drs. 21/11510 Tätigkeitsbericht Informationsfreiheit 2016/2017 des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

(Bericht des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit)

zusammen mit Drs. 21/14112 Stellungnahme des Senats zum Tätigkeitsbericht Informationsfreiheit 2016/2017 des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Drucksache 21/11510)

(Senatsmitteilung)

3. Drs. 21/12110 26. Tätigkeitsbericht Datenschutz 2016/2017 des Hamburgischen
Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
(Bericht des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und
Informationsfreiheit)
- zusammen mit
Drs. 21/14306 Stellungnahme des Senats zum 26. Tätigkeitsbericht Datenschutz des
Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
(Drucksache 21/12110)
(Senatsmitteilung)
4. 21/16525 Ersatzfreiheitsstrafen reduzieren und gezielt bei ihrer Vermeidung helfen –
Die Modalitäten der Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen rechtlich neu
ausgestalten und ein Konzept der aufsuchenden Sozialarbeit prüfen
(Antrag der SPD und der GRÜNEN)
- mit
21/16641 Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden: Anpassungen des Strafgesetzbuches
bei minderschweren Delikten
(FDP-Antrag)
- und
21/14516 Funktionierender Rechtsstaat: Anpassungen des Strafgesetzbuches bei
minderschweren Delikten prüfen
(FDP-Antrag)
- sowie
21/11084 Überfüllte Gefängnisse und mangelnde Resozialisierung – Weitere
Möglichkeiten der Haftvermeidung schaffen
(CDU-Antrag)
5. Verschiedenes